



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in feministische Diskussionen zu „Gender & Development“ – Analysen und Positionen zu Geschlechtergleichstellung und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 1/2023

Soziale Sicherheit für alle!

Versagen des neoliberalen Modells – neuer Schwung für Sozialpolitik?

Inhalt

- Einleitung 1
- Neoliberalismus unterminiert soziale Sicherheit 2
- Reports internationaler Institutionen zu sozialer Sicherheit 3
- Wege aus der Informalität 8
- Spezifische Aspekte sozialer Sicherheit 10
- Feministische Entwicklungspolitik mit Fokus auf Grundsicherung 12

Einleitung

In diesem WIDE-Update beschäftigen wir uns damit, wie soziale Sicherheit geschaffen bzw. erhöht werden kann.

Dafür braucht es auch den Blick auf die Historie: 50 Jahre Neoliberalismus haben tiefe Spuren in den Ländern des Globalen Südens hinterlassen.

Es war hierzulande die COVID-19-Krise, die das Bewusstsein dafür neu geschärft hat, wie wichtig die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und soziale Sicherheitsnetze sind. Dass diese vielerorts fehlen, hat katastrophale menschliche und sehr negative politische Folgen.

Das Niveau an sozialer Sicherheit ist weltweit sehr unterschiedlich. In den vorliegenden Beiträgen wird daher weniger auf konkrete Ländersituationen eingegangen, sondern es werden eher grobe Linien aufgezeigt, entlang derer sich internationale Debatten zum Thema soziale Sicherheit bewegen.

Das WIDE-Update beginnt mit der Vorstellung zweier Manifeste, in denen anlässlich der diesjährigen Tagung der Weltbank-Gruppe und des Internationalen Währungsfonds soziale Sicherheit für alle und ein Ende der Austerität gefordert wird. Drei Reports zum Vertiefen und Weiterlesen sind dazu verlinkt.

Anschließend werden Berichte und Studien internationaler Organisationen zum Thema vorgestellt. Es wird etwa den Fragen nachgegangen, ob und in welcher Form Cash-Transfers (Direktzahlungen) erfolgreich sind, welches Potenzial soziale Sicherheitsnetze für den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen und die Geschlechtergleichstellung haben, und warum soziale Sicherheit ein tragendes Element der Energiewende sein muss, wenn sie gerecht gestaltet werden soll.

Informelle Arbeit ist weitgehend mit dem Fehlen von sozialer Sicherheit assoziiert. In diesem Zusammenhang wird die Arbeit von WIEGO, einem Netzwerk zur Unterstützung informell arbeitender Frauen*, vorgestellt.

Bestimmte Personen(-gruppen) sind besonders vulnerabel und finden doch gerade aufgrund ihres Status vielerorts besonders schwer Zugang zu rechtsbasierter sozialer Sicherheit, wie etwa Menschen mit Behinderungen oder Witwen – auf diese Themen wird in drei Beiträgen eingegangen.

Das Update schließt mit einem Ausblick auf das Potenzial feministischer Entwicklungspolitik mit einem Fokus auf wirtschaftliche Grundbedürfnisse und soziale Sicherheit.

Wir wünschen gute Lektüre!

Neoliberalismus unterminiert soziale Sicherheit

Globale Koalition für soziale Sicherheit

Die multiplen Krisen – von der Pandemie bis hin zu Konflikten und der Klimakrise – haben die gesellschaftlichen Risse und sozialen Spannungen vertieft. Die Aushöhlung öffentlicher Dienstleistungen, von sozialer Sicherheit und der Arbeitsrechte hat die Ungleichheit verstärkt und es einer kleinen Elite ermöglicht, sich den Großteil der globalen Ressourcen anzueignen.

Die „Global Coalition for Social Protection Floors“ / (sinngemäß: Koalition für soziale Mindestabsicherung) engagiert sich dafür, dass alle Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen Zugang zu sozialer Sicherheit haben. Soziale Sicherheit ist eine tragende Säule der Menschenrechte, einer nachhaltigen Wirtschaft und einer gerechten Gesellschaft, heißt es in der Kampagnenerklärung.

Die Koalition kritisiert in einem aktuellen Manifest, dass viele Programme spezifisch auf arme Menschen fokussieren würden, was durchaus nicht immer die gewünschte Treffsicherheit habe:

„Die meisten Regierungen verlassen sich auf Sozialhilfeprogramme, die hauptsächlich bedürftigkeits- oder armutsorientiert sind, das heißt, die Anspruchsberechtigung basiert auf Einkommen, Vermögen oder anderen engen Armutsindikatoren. Untersuchungen haben gezeigt, dass solche Programme anfällig für hohe Fehlerquoten, Korruption und soziales Misstrauen sind. Da sie sich nur auf Menschen in Armut oder sogar extremer Armut konzentrieren, schließen sie große Teile der Bevölkerung aus, die zwar nicht als arm gelten, aber weit davon entfernt sind, ihre Rechte zu genießen. Sie schließen auch viele derjenigen aus, die sie eigentlich erreichen wollen.“

Universelle öffentliche Systeme, die allen Menschen, die es brauchen, eine angemessene Unterstützung bieten, seien am wirksamsten, wenn es darum geht, Ungleichheit zu verringern, nachhaltige Entwicklung, sozialen Zusammenhalt und Solidarität zu fördern und dazu beizutragen, dass alle Menschen ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verwirklichen können.

In den letzten Jahren wurde vielerorts das Recht auf soziale Sicherheit durch Reformen mit negativen sozialen Auswirkungen ausgehöhlt, was zu einem geringeren Deckungsgrad und niedrigeren Leistungen führte. So wurden in einigen Ländern – oft mit Unterstützung der Weltbank und des IWF – die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung gesenkt oder die Leistungen für die Mehrheit des öffentlichen Systems gekürzt. Einige Länder haben die Sozialversicherung (etwa die Pensions- und Krankenversicherung) in einer Weise privatisiert, die Armut und Ungleichheit verschärft hat und insbesondere Frauen und ältere Menschen benachteiligt.

Das Manifest richtet sich anlässlich ihrer Jahrestagung im Oktober 2023 an die internationalen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF und fordert sie auf, sich dazu zu verpflichten, die Staaten bei der schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf soziale Sicherheit zu unterstützen. Das beinhaltet die Schaffung universeller, auf Rechten basierender Sozialschutzsysteme, was durch Einnahmen-bzw. Budgeterhöhungen ermöglicht werden soll, anstelle von Mittelumschichtungen oder Haushaltskürzungen.

Die Initiative fordert, mit der Einführung von Sozialschutzuntergrenzen im Einklang mit der ILO-Empfehlung 202 zu beginnen und darauf aufbauend die sozialen Sicherheitsnetze weiterzuentwickeln.

Global Coalition for Social Protection Floors (2023): [Social Security for All: Key Pillar for New Eco-Social Contract](#)

Marrakesch-Deklaration: Schluss mit Austerität!

Ebenfalls anlässlich des Jahrestreffens des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbankgruppe 2023 in Marrakesch fordern Vertreter*innen der Zivilgesellschaft Regierungen, Finanzministerien und die internationalen Finanzinstitutionen auf, die Austerität zu beenden. Auch WIDE hat diesen Aufruf unterzeichnet.

Den Initiator*innen der „Marrakesch-Erklärung“ zufolge ist die Mehrheit der Menschen weltweit – mehr als 6 Milliarden – von „Austerität“, d.h. Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor, negativ betroffen, und das inmitten einer Lebenskostenkrise.

„Wir fordern die Regierungen auf, Kürzungen in wichtigen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Sozialschutz sofort zu stoppen und schädliche Reformen wie die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Rechte zu stoppen, die die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verschärfen, da Frauen aufgrund ihrer unbezahlten Haus- und Pflegearbeit die Stoßdämpfer der Weltwirtschaft sind. Anstelle von Sparmaßnahmen/Reformen müssen die Regierungen nach neuen Quellen für budgetären Spielraum suchen, um ihre Menschenrechtsverpflichtungen zu erfüllen und die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen,“ heißt es in der Erklärung.

Es werden konkrete Vorschläge gemacht, wie die Staaten ihren Budget-Spielraum vergrößern können, darunter:

- Erhöhung der progressiven Steuern für Unternehmen und den Finanzsektor, einschließlich Einkommens- und Vermögenssteuern für Unternehmen und Privatpersonen; Steuern auf digitale Dienstleistungen und der Finanztransaktionssteuern, anstelle von regressiven Steuern wie der Umsatzsteuer;
- Überprüfung, Kündigung und Beendigung der Unterzeichnung von Steuerabkommen mit negativen sozialen Auswirkungen wie bilaterale Steuerabkommen und schädlichen Steueranreizen für Unternehmen;
- Möglichkeit zur Umschuldung von Staatsschulden, wobei auch private Gläubiger zwingend in die Umschuldung einzubeziehen sind;
- Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, um die Nachhaltigkeit der Sozialversicherungssysteme zu gewährleisten, und Formalisierung der Arbeitnehmer in der informellen Wirtschaft mit angemessenen Verträgen;
- Bekämpfung illegaler Finanzströme wie Geldwäsche, Verbrechen im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen, falsche Preisgestaltung im Handel und Steuerhinterziehung, und gemeinsame Bekämpfung des weltweiten Steuermisbrauchs durch Unterstützung einer UN-Steuerkonvention und eines Steuergremiums; Investition angemessener Mittel zur Unterstützung

einer wirksamen und progressiven Steuerreform;

- Kritische Bewertung der geschlechtsspezifischen und ungleichen Auswirkungen aller Sparmaßnahmen/Reformen sowie der Finanzierungsalternativen, um gerechte Ergebnisse zu erzielen;
- Gewährleistung eines höheren Niveaus der Entwicklungshilfe durch die Geber, um das UN-Ziel von 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) zu erreichen, und Sicherstellung, dass die Klimafinanzierung neu und zusätzlich ist und zugleich eine Entschädigung für Verluste und Schäden infolge des Klimawandels vorsieht.

End Austerity Campaign (2.10.2023): [Marrakesh Declaration to End Austerity](#)

Zum Weiterlesen

ActionAid (2023): [Fifty Years of Failure: The IMF, Debt and Austerity in Africa](#)

ActionAid (2022): [The Care Contradiction: THE IMF, GENDER AND AUSTERITY](#)

Initiative for Policy Dialogue u.a. (Hg.) (2022): [END AUSTERITY. A Global Report on Budget Cuts and Harmful Social Reforms in 2022-25](#)

Reports internationaler Institutionen zu sozialer Sicherheit

ILO: Soziale Sicherheit für eine gerechte ökologische Wende

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO bringt regelmäßig „Policy Briefs“ heraus, um ihre „Guidelines for a Just Transition towards Environmentally Sustainable Economies and Societies for All“ praxisbezogen für Regierungsvertreter*innen und Arbeitgeber- und Arbeitnehmer*innenorganisationen aufzubereiten und die Anwendung zu erleichtern.

Anfang 2023 wurde auf das Thema „Sozialschutz“ (soziale Sicherheit) fokussiert. Sozialschutz wird definiert als Maßnahmen und Programme, die darauf abzielen, Armut und Vulnerabilität während des gesamten Lebens zu verringern bzw. zu verhindern.

Dazu gehören Kinder- und Familienbeihilfen, Mutterschutz und weitere soziale Leistungen.

Ohne einen umfassenden und angemessenen Sozialschutz für alle könnten die Bemühungen um Klimawandel-Anpassung und -Abmilderung viele Menschen „zurücklassen“ – ein Begriff aus der Agenda2030/SDGs: „Leave no-one behind!“ –, und die öffentliche Unterstützung, die für den Übergang hin zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich ist, untergraben.

Sozialschutz ist darauf ausgerichtet, Menschen bei der Bewältigung von Schocks und Übergängen inklusive derer, die durch die Klimakrise verursacht werden, zu unterstützen. Sozialschutz ist also ein Schlüsselinstrument bei der Anpassung an die neuen Gegebenheiten, so die ILO.

Sozialschutz umfasst nicht nur die Abfederung negativer Auswirkungen, sondern muss auch Anreize für nachhaltige und umweltfreundliche Entscheidungen und Investitionen sowie für die Einkommensdiversifizierung schaffen und den Menschen Mittel und Zeit geben, ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln und neue menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Er kann die Menschen auch dabei unterstützen, neuen Anforderungen der Arbeitswelt gerecht zu werden. Sozialschutz ist ein wesentliches Instrument, um eine gerechte ökologische Wende („Just Transition“) zu ermöglichen.

Denn nicht alle Menschen sind von der anstehenden Wende gleichermaßen betroffen. Benachteiligte Gruppen wie alte Menschen, Frauen, Menschen mit Behinderungen, schlecht Qualifizierte und Menschen mit geringem Zugang zu Dienstleistungen und Technologien, bzw. insbesondere Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen haben große Leistbarkeitsprobleme im Laufe des Übergangs weg von fossiler hin zu erneuerbarer Energie, sodass es funktionierende soziale Sicherheitsnetze braucht.

Wenn Klimaschutz und „Just Transition“ erfolgreich sein und politisch akzeptiert werden sollen, muss Sozialschutz in den internationalen und nationalen Strategien zur Klimafinanzierung angemessen berücksichtigt werden!

International Labor Organization (January 2023):
[Social protection for a just transition](#)

Sozialpolitik in Südafrika, Kenia und auf den Philippinen

2021 hat die UN-Sozialforschungseinrichtung UNRISD eine Publikation herausgebracht, die sich dem Thema „Soziale Sicherheit und Ungleichheit im globalen Süden“ widmet. Darin werden Ansätze aus drei Ländern vorgestellt und unter die Lupe genommen: Cash-Transfer-Programme in Kenia und auf den Philippinen, und der 2018/19 neu eingeführte Mindestlohn für alle Branchen in Südafrika.

Ausführlich dargestellt wird eingangs der globale Kontext: 30 Jahre Neoliberalismus; der Fokus der Weltbank auf Armutsbekämpfung, ohne jedoch Ungleichheit in den Blick zu nehmen; ein neuer Diskurs und Hoffnungsschimmer mit dem Beschluss der Agenda2030/ SDGs, in die an verschiedenen Stellen die Verringerung von Ungleichheit als Ziel aufgenommen wurde, wenngleich auch hier, ohne wesentliche „Treiber“ von Ungleichheit wirklich adäquat zu adressieren, wie die auch nach der Finanzkrise 2008 weiter zunehmende Finanzialisierung, Deregulierung und fehlende Umverteilung.

Soziale Sicherheit ist ein Menschenrecht, und Systeme der sozialen Sicherheit sind zentral, um Ungleichheit, Armut und sozialen Ausschluss entgegenzuwirken. Unterschieden wird zwischen Sozialversicherungssystemen, Unterstützungsprogrammen (Cash-Transfers), und einer auf Umverteilung orientierten Lohn- bzw. Arbeitsmarktpolitik.

Mindestlohnpolitik in Südafrika

Südafrika, ein Land mit sehr hoher Einkommens- und Vermögensungleichheit, kombiniert ähnlich wie Brasilien eine relativ starke Rolle des Staats im Bereich der Sozialpolitik mit einem wirtschaftsliberalen Ansatz. So wurden einerseits im Zuge der Demokratisierung sozialstaatliche Maßnahmen ausgebaut – im Einklang mit neuen, in der Verfassung verankerten sozialen Rechten. 45% der südafrikanischen Haushalte kommen in den Genuss einer Sozialleistung. Andererseits wurde eine Wirtschaftspolitik im Interesse des großen Kapitals, von Finanzdienstleistern und extraktiven Industrien (Bergbau) umgesetzt. Die öffentliche Debatte dominiert ein konservativer Diskurs der politischen Eliten, demzufolge durch Cash-Transfers Abhängigkeiten gefördert würden.

Mit dem Mindestlohn wurde auf eine Verbesserung im Bereich der Arbeitswelt gesetzt (sonst oft ein vernachlässigter Bereich). Diese Maßnahme wird als ein Erfolg gewertet, da er zu besseren Einkommen der am stärksten benachteiligten Arbeiter*innen, darunter Frauen* und schwarze Südafrikaner*innen, führte und keinen Anstieg der Arbeitslosigkeit mit sich brachte. Die hohe Arbeitslosenrate und die Arbeitsmarkt-segregation konnten dadurch jedoch noch nicht verringert werden.

Sozialschutzpolitik in Kenia

Kenia, ein weniger ungleiches Land als Südafrika, hat als eines der ersten im Zuge der neuen sozialpolitischen Wende „Cash-Transfer“-Programme eingerichtet und in der Folge eine nationale Sozialschutz-Politik entwickelt, um die in der neuen Verfassung von 2010 verankerten sozialen Rechte umzusetzen. Im UNRISD-Beitrag wird ein Cash-Transfer-Programm untersucht, das ursprünglich für Waisen und verletzte Kinder im Zuge der HIV/AIDS-Pandemie eingerichtet worden war, mit Finanzierung von UNICEF und DFID; später wurde die Finanzierung von Kenia übernommen. Dieses und drei weiteren Cash-Transfer-Programme bilden das nationale Sozialschutzprogramm, das 2019 rund 5 Millionen Personen (10% der Bevölkerung) erreichte.

Die Armutsrate in Kenia ist zwar noch hoch, hat aber bis 2019 im Verlauf von 10 Jahren um 10% abgenommen. Im Teil zu Kenia wird weiters untersucht, welche Rolle informelle Governance-Strukturen (wie lokale „chiefs“) beim Ausrollen von Cash-Transfer-Programmen spielen: Obwohl offiziell dazu keine Regelungen existieren, fungieren sie teilweise als Mittler*innen; sie können hilfreich sein aufgrund von lokalen Kenntnissen und staatliche Lücken schließen, aber mitunter ein Programm auch zu ihrem eigenen Benefit missbrauchen.

Philippinen: Conditional Cash Transfer-Programme

Ein CCT-Programm namens „Pantawid“ wurde auf den Philippinen ab 2008 implementiert, in einem Kontext geringen ökonomischen Wachstums, hohem Schuldendienst, sinkenden öffentlichen Sozialausgaben und einer Lebensmittelpreiskrise.

Von externen Geldgebern (Weltbank und Asiatischer Entwicklungsbank) finanziert,

fokussiert dieses Programm auf Bildung und die Nutzung von Gesundheitsdienstleistungen, um das Einkommen und soziale Kapital der ärmsten Bevölkerung zu erhöhen und generationenübergreifende Armutskreisläufe zu durchbrechen.

Ausgeklammert wurden allerdings makroökonomische Ansätze zur Reduktion der Ungleichheit, wie zum Beispiel eine Rücknahme der Handelsliberalisierung, ein Moratorium auf die Schuldentilgungen und eine effektive Agrarreform.

Die Begünstigten des Pantawid-Programms werden über ein soziales Register erfasst, das von vielen Geldgeber*innen als effizient gelobt wird, von den UNRISD-Studienautor*innen jedoch als starr kritisiert wird, weil es auf vor langer Zeit erhobenen Daten basiert und aktuelle Armutsentwicklungen nicht berücksichtigt.

Kritisiert wird allgemein, dass der Fokus auf zielgruppenorientierte Sozialprogramme mit Ausschluss und sehr oft mit Stigmatisierung verbunden ist, anders als bei universell zugänglichen Leistungen.

Fazit: Um nicht nur einzelne Programme, sondern Systeme der sozialen Sicherheit umzusetzen, genügt nicht eine „technische“ Herangehensweise, sondern es müssen die jeweiligen Machtverhältnisse, Interessensgruppen und Aushandlungsprozesse in den Blick genommen werden.

Externe Akteur*innen beeinflussen dabei stark den Diskurs in Ländern des globalen Südens: über die von ihnen entsandten Expert*innen und ihren finanziellen Einfluss.

UNRISD (17.5.2021): [Social Protection and Inequality in the Global South: Politics, Actors and Institutions](#)

Weltbank-Report: Wege zu universeller sozialer Sicherheit

COVID-19 hat die Volkswirtschaften und Gesellschaften auf der ganzen Welt massiv erschüttert. Insbesondere die Länder des Globalen Südens tragen schwer an den Krisenfolgen. Ein Grund für die Weltbank (2022), sich damit zu befassen, wie (mehr) soziale Sicherheit geschaffen werden kann, auch vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den Klimawandel, Konflikte und Fragilität, demografische Veränderungen und rasche technologische Innovationen – all diese

Krisen und Veränderungen machen laut Weltbank „einen wirksamen Sozialschutz, insbesondere für die ärmsten und schwächsten Menschen, wichtiger denn je.“

Universelle soziale Sicherheit („universal social protection“) bedeutet, dass allen Menschen der Zugang zu sozialem Schutz gewährleistet wird, wann und wie auch immer sie ihn benötigen. Das sei entscheidend für eine wirksame Armutsbekämpfung und die Steigerung des gemeinsamen Wohlstands.

Wie die Länder auf dem Weg zu universeller sozialer Sicherheit vorankommen, hänge von den politischen und wirtschaftlichen Faktoren des jeweiligen Landes ab, aber überall ist der Aufbau von budgetärem Spielraum und institutionellen Kapazitäten eine wesentliche Voraussetzung.

Ein zweiseitiges Briefing gibt einen schnellen Überblick über Eckpfeiler des Reports. Es wird betont, dass universeller Sozialschutz über den ganzen Lebenszyklus hinweg betrachtet werden muss, wobei es gilt, die Bedürfnisse spezifischer Gruppen wie Frauen und Mädchen, Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Es braucht passende Instrumente, in Abhängigkeit von den länderspezifischen Voraussetzungen wie dem jeweiligen „Gesellschaftsvertrag“, der politischen Ökonomie und dem internationalen Kontext.

Ziel muss die progressive Verwirklichung von universellem sozialem Schutz sein, was eine entsprechende institutionelle Leistungsfähigkeit und ausreichend budgetären Spielraum benötige. Die am meisten Bedürftigen und größten Risiken müssten zuerst in den Blick genommen werden.

Es wird zwischen folgenden Formen von Sozialschutz unterschieden:

- Sozialversicherungen, wie zum Beispiel die Pensionsversicherung, Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherung
- Sozialhilfeleistungen, wie „Cash-Transfers“, Care-Services, Gebührenbefreiungen
- Programme zur wirtschaftlichen und Arbeitsmarkt-Integration, wie Trainings, öffentliche Arbeitsvermittlungsdienste oder andere ökonomisch orientierte Integrationsprogramme

Gefordert wird eine Erhöhung der nationalen Ausgaben für Sozialprogramme und eine Reduktion von ineffektiven Staatsausgaben. Die Nationalstaaten sollten – sofern möglich – höhere Steuern einheben (von progressiven Steuern ist an dieser Stelle nicht die Rede), und die internationalen Rahmenbedingungen werden nur als Notwendigkeit von „internationaler Unterstützung“ angesprochen. (CT)

World Bank Group (2022): [At a glance: Charting a course towards Universal Social Protection](#)

World Bank (2022): [Charting a Course Towards Universal Social Protection: Resilience, Equity, and Opportunity for All](#)

Forschungsergebnisse zu Cash-Transfers in Sub-Sahara Afrika

UNICEF *Office of Research – Innocenti* veröffentlichte im Juli 2021 einen Research Brief zu den wesentlichen Ergebnissen aus zehn Jahren Forschung zu den Auswirkungen von bedingungslosen Geldtransfers („unconditional cash-transfers“) in Sub-Sahara-Afrika im Rahmen des Forschungsprojekts „Transfer“. Das Projekt hatte zum Ziel, ein Multi-Stakeholder-Netzwerk zum Austausch und Lernen zu cash-transfer-Programmen in Sub-Sahara Afrika zusammenzubringen.

Die wissenschaftlichen Untersuchungsergebnisse aus zehn Ländern in Sub-Sahara Afrika zeigen, dass von Regierungen umgesetzte „unconditional cash transfer“-Programme weitreichende Vorteile und positive Auswirkungen auf Begünstigte in verschiedenen Bereichen haben, wie zum Beispiel Ernährungssicherheit, Schulbesuchsraten, Resilienz, materielle Versorgung von Kindern und Jugendlichen sowie allgemeines Wohlbefinden und auch Multiplikatoreffekte auf die lokale Wirtschaft mit sich bringen. Der monetäre Wert der Auswirkungen übersteigt oft den Gesamtwert der Transfers, was darauf hinweist, dass die Haushalte den Wert der Überweisungen mit ihrem verstärkten Engagement in wirtschaftlichen Aktivitäten multiplizieren.

Gleichzeitig zeigen die Untersuchungen innerhalb des Forschungsprojektes weniger positive bzw. sehr heterogene bis keine Auswirkungen in Bereichen wie zum Beispiel der Gesundheitsvorsorge oder auch der Frühverheiratung bzw. Kindesheirat. In diesen Bereichen bräuchte es wahrscheinlich

verstärkt begleitende Maßnahmen („Cash-Plus“-Programme) oder längere Unterstützungszeiträume.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen auch, dass es eine kritische Geldtransferhöhe für weitreichendere Auswirkungen gibt, welche bei mindestens 20 Prozent des Grundverbrauchs der Haushalte liegt. Zudem sind Regelmäßigkeit und Verlässlichkeit wichtige Elemente für die Erfolgsquote von Geldtransfer Programmen.

Die Autor*innen zeigen auch noch wichtige Bereiche für weitere Forschungstätigkeiten insbesondere im Bereich der Cash-Plus-Programme auf, welche Regierungen in Sub-Sahara Afrika in der Umsetzung von effektiven und inklusiven Cash-Transfer-Programmen unterstützen können. (DP)

Tirivayi, Nyasha; Waidler, Jennifer; Otchere, Frank (2021): [Cash transfers – Past, present and future: Evidence and lessons learned from the Transfer Project](#), Innocenti Research Briefs, no. 2021-10, UNICEF Office of Research - Innocenti, Florence

Zum Weiterlesen: Cash-Plus-Programme in langanhaltenden Krisen

IDS (June 2023): [Cash-Plus Programming in Protracted Crises: A Review of Programmes in Contexts of Overlapping Conflict, Forced Displacement and Climate-Related Shocks](#)

Weltbank: Soziale Sicherheit verringert häusliche Gewalt

Im April 2023 hat die Weltbank eine Handreichung („Leveraging safety nets to prevent gender-based violence“) herausgebracht, in der herausgearbeitet wird, dass geschlechtsspezifische Gewalt durch den Ausbau sozialer Sicherheitsnetze effektiv bekämpft werden kann.

Die Autor*innen dieser „operationellen Handreichung“ argumentieren sowohl mit den Verlusten für die Wirtschaft und Gesellschaft durch geschlechtsspezifische Gewalt (GBV), wobei sie betonen, dass ärmere Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stärker von den mit Gewalt einhergehenden Kosten betroffen sind.

Netze der sozialen Sicherheit haben das Potenzial, systematisch zur Verringerung von GBV in großem Umfang beizutragen. Eine wachsende Zahl von Forschungsergebnissen zeige, dass soziale Sicherheitsnetze GBV

reduzieren. Die Verringerung von Armut und Ernährungsunsicherheit trägt zu einer Verringerung von Gewalt in Paarbeziehungen und anderen Formen von genderbasierter Gewalt bei. Armutsbedingter Stress wird verringert, was auch zu weniger Gewalt gegen Kinder führt. Ebenfalls positive Wirkungen haben Programme zum Empowerment von Frauen und die Stärkung der gesellschaftlichen Position von Frauen durch die Teilnahme an unterschiedlichen Programmen.

In Bezug auf die Form der sozialen Unterstützung ist wichtig, zu berücksichtigen, ob Frauen über Hilfszahlungen selbst verfügen können und ob die Wahrscheinlichkeit von innerfamiliären Konflikten über die Verwendung von Geldern gering oder hoch ist. Sind Frauen für Einkauf und Essenszubereitung zuständig, können etwa Essensgutscheine gewährleisten, dass das Geld nicht anderweitig verwendet wird. Sachleistungen bieten allerdings wenig Flexibilität, wohingegen Geldtransfers flexiblere Ausgabemöglichkeiten bieten, z.B. für Investitionen in die Landwirtschaft, das Wohnen oder bei Ausbildungen.

Entscheidend ist, bei der Gestaltung von Sozialprogrammen darauf zu achten, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen selbst über das Geld bestimmen können, erhöht und das innerfamiliäre Konfliktrisiko niedrig gehalten wird. Zudem ist wichtig, dass über Verhaltensänderungen (Vermeidung von Gewalt, gleichberechtigtere Arbeitsaufteilung) gesprochen wird, andernfalls sich das Potenzial von Hilfstransfers, seien es Geld- oder Sachleistungen, verringere.

Zunehmend werden digitale Auszahlungsformen benutzt. Dabei ist ebenso wichtig zu überprüfen, ob Frauen Zugang zu digitalem Geldverkehr haben; ob die rechtlichen und technischen Voraussetzungen gegeben sind; bzw. gilt es, entsprechende Barrieren abzubauen. Digitale Zahlungen können Frauen diverse Vorteile bieten, wie mehr Selbstbestimmung; Zeit- und Kostenersparnis, wenn lange Wegstrecken wegfallen; und sie bieten Schutz vor allfälliger sexueller Erpressung seitens Personen in der auszahlenden Stelle. In der Regel sind sie auch kostengünstiger. Jedoch gibt es auch Kontexte, in denen eine Auszahlung in Cash mehr Sinn macht, entweder wegen ungenügender Voraussetzungen für digitale Dienste, oder um mit den Begünstigten in persönlichem Kontakt zu bleiben.

Als wichtig werden in jedem Fall begleitende Programme zur Bewusstseinsbildung zur Verhinderung von GBV angesehen.

Die Publikation (76 Seiten plus Annexe) ist eine nützliche Handreichung, in der sowohl Forschungsergebnisse aufbereitet sind als auch Leitfragen und „good practise“-Beispiele – vor allem aus dem Bereich von Cash-Transfers – vorgestellt werden. (CT)

World Bank (27.4.2023): [BRIEF. Leveraging safety nets to prevent gender-based violence](#)

Geschlechtsspezifische Ungleichheiten bei Armut

Armut und Ungleichheit sind nicht unvermeidlich, sondern das Ergebnis von struktureller Diskriminierung in Gesetzen und Richtlinien, heißt es in einem Bericht zum Thema „Geschlechtsspezifische Ungleichheiten der Armut“ der UN-Arbeitsgruppe zur Diskriminierung von Frauen und Mädchen von April 2023.

Lange Zeit hätten sich die meisten internationalen und nationalen Wirtschaftspolitikern darauf konzentriert, Frauen und Mädchen besser in vorhandene, ungleiche Wirtschaftssysteme zu integrieren, anstatt diese Systeme zu hinterfragen und umzugestalten.

Viele gängige Ansätze zur Bekämpfung der Armut von Frauen und Mädchen erkennen nicht die unbezahlte Care-Arbeit an. Auch die Ausbeutung von Pflegeressourcen ärmerer Länder, etwa durch migrantische Hausangestellte oder Gesundheitskräfte in globalisierten Pflegeketten, werden ignoriert.

Während der Konsultationen der Arbeitsgruppe berichteten Frauen und Mädchen, die selbst in Armut leben oder aufgewachsen sind, über ihre Erfahrungen. Viele Teilnehmerinnen betonten eindringlich den Stress, der durch die Notwendigkeit entsteht, mit begrenzten Ressourcen einen angemessenen Lebensstandard für ihre Familien zu bieten. Sie berichteten über das Schuldgefühl, wenn sie ihre Kinder verlassen müssen, um viele Stunden in schlecht bezahlten informellen und prekären Arbeitsverhältnissen tätig zu sein. Eine der Frauen in den Konsultationen brachte es auf den Punkt: „Wir sind nicht arm, wir werden verarmt.“

Der Bericht schließt mit Vorschlägen wie diesen ab: Es sei wichtig sicherzustellen, dass

Frauen in Gewerkschaften und bei Kollektivverhandlungen gleichberechtigt vertreten sind und dass unabhängige Beschwerdemöglichkeiten geschaffen werden, um die Rechte von Frauen auf gute Arbeitsbedingungen zu schützen und umzusetzen.

Oder: Es sollten feministische Ansätze und Methoden angewendet werden, die alle einbeziehen, indem sichergestellt wird, dass Frauen und Mädchen verschiedener Gruppen an der Gestaltung von Gesetzen und Politiken auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene teilhaben. Dabei sollte Geschlechterparität in Entscheidungsgremien sichergestellt werden.

Verfügbar in allen UN-Sprachen. (CS)

Quelle: Human Rights Council (2023): [Gendered inequalities of poverty: feminist and human rights-based approaches](#), G2306966.pdf (un.org)

Wege aus der Informalität

WIEGO: Netzwerk für informelle Arbeiter*innen

WIEGO („Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing“) ist ein internationales Netzwerk von Gewerkschaften, Kooperativen, Zusammenschlüssen von informellen Arbeiter*innen, Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen uvm. die sich für die Rechte und Würde von informell Beschäftigten weltweit einsetzen. WIEGO wurde 1997 gegründet und hat ihren Sitz in Harvard, Massachusetts. Die Organisation setzt sich dafür ein, informell Beschäftigte, insbesondere Frauen, in den Fokus der globalen Wirtschaftsagenda zu rücken. Informelle Beschäftigungsverhältnisse umfassen eine breite Palette von Tätigkeiten, darunter Straßenverkäufer, Hausangestellte, Abfallsammler*innen und viele mehr. Oft arbeiten diese Menschen ohne angemessenen rechtlichen Schutz, sozialer Absicherung oder gerechter Bezahlung.

Die Mission von WIEGO ist es, die Arbeitsbedingungen und die soziale Absicherung von informell Beschäftigten zu verbessern und ihre Teilhabe an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen zu fördern. Ziel ist es, die Unsichtbarkeit

dieser Arbeitskräfte zu beenden und die Anerkennung ihrer Rechte und Beiträge zur Wirtschaft zu erhöhen.

Arbeitsbereiche von WIEGO

- **Forschung und Daten:** Besonders hervorzuheben sind die umfangreichen Publikationen mit Fokus auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen informeller Arbeitnehmer legen und veröffentlicht regelmäßig Berichte und Studien – darunter auch umfangreiche Studien, die Einblicke in die Herausforderungen und Chancen in diesem Bereich bieten. Außerdem veröffentlicht WIEGO Fallstudien aus verschiedenen Ländern und Branchen die, die vielfältigen Facetten der informellen Beschäftigung beleuchten. Sie zeigen die individuellen Geschichten und Herausforderungen der Menschen, die in diesem Sektor arbeiten. Diese Publikationen sind eine wertvolle Ressource für Forscher, Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit dienen und bieten eine fundierte Grundlage für politische Entscheidungen und Reformen.
- **Organisierung und Empowerment:** Die Organisation unterstützt informell Beschäftigte dabei, sich zu organisieren und ihre Rechte zu verteidigen. Dies umfasst Schulungen, die Stärkung von Gewerkschaften und die Förderung von Selbsthilfegruppen.
- **Politische Advocacy:** WIEGO setzt sich auf internationaler Ebene für politische Veränderungen ein, die die Situation informell Beschäftigter verbessern. Sie entwickeln Richtlinien und Empfehlungen, um politische Entscheidungsträger dabei zu unterstützen, bessere Arbeitsbedingungen und soziale Absicherung für informell Beschäftigte zu schaffen und arbeiten mit Regierungen, internationalen Organisationen und anderen Akteuren zusammen, um politische Entscheidungen zu beeinflussen.
- **Bildung und Schulung:** Die Organisation bietet Schulungen und Bildungsmöglichkeiten für informell Beschäftigte, um ihre Fähigkeiten und ihr Wissen zu stärken. Dies trägt dazu bei, ihre wirtschaftliche Stabilität zu verbessern.

WIEGOs Arbeit hat dazu beigetragen, Gesetze und politische Maßnahmen zu beeinflussen, die informelle Arbeitnehmer schützen und stärken. Ihre Forschung hat ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse dieser Gruppe geschaffen und politische Entscheidungsträger sensibilisiert. Allerdings bleiben viele Herausforderungen bestehen. Informelle Beschäftigte sind oft von Armut, Unsicherheit und Diskriminierung betroffen. Die COVID-19-Pandemie hat diese Probleme noch verschärft, da viele informelle Arbeitnehmer ihre Einkommen verloren haben und keinen Zugang zu sozialer Absicherung hatten. (HA)

WIEGO (o.J.): [Empowering Informal Workers, Securing Informal Livelihoods](#)

Formalisierung: Nicht in die Falle tappen!

In einem Arbeitspapier des britischen *Institut of Development Studies* (ICTD) stellen zwei Entwicklungsforscher*innen, Max Gallien und Vanessa van den Boogaard, die These auf, dass oft verkürzt gedacht wird, wenn es um den – erwünschten – Prozess der Formalisierung der informellen Wirtschaft geht.

Sie sehen konzeptionelle Probleme beim Terminus „Formalisierung“ und drei wiederkehrende Fehler bzw. Kurzschlüsse: ein Denken in Binaritäten (formell-informell), das nicht adäquat die vielschichtige Realität widerspiegelt, da nicht alle „informellen“ Unternehmen in jeglicher Hinsicht informell sein müssen; die Annahme einer Homogenität des informellen Sektors, obwohl informelle Unternehmen in der Realität höchst unterschiedlich sind; und die Annahme, dass die Formalisierung in einem Bereich (zum Beispiel Einbindung in das Steuersystem) automatisch zu besseren Ergebnissen in anderen Bereichen führen würde.

In ihrem Briefing, das sich vorrangig an ein wissenschaftliches Publikum wendet, skizzieren sie auch, wie diese Kurzschlüsse vermieden werden können. Sie plädieren für einen Methodenmix in der Forschung, sowohl von qualitativen Methoden, um den konkreten Kontext „bottom-up“ zu erschließen, als auch quantitativen Methoden, um etwa den Effekt von politischen Maßnahmen untersuchen zu können. Weiters müsse der gesellschaftliche Kontext wie Machthierarchien und das Verhältnis von

Staat und Bürger*innen in Analysen stärker einbezogen werden.

Gallien, Max; Van den Boogaard, Vanessa (2023): [Rethinking Formalisation: A Conceptual Critique and Research Agenda](#)

Spezifische Aspekte sozialer Sicherheit

WHO-Report: Gleiches Recht auf Gesundheit für Menschen mit Behinderungen

Im Dezember 2022 hat die Weltgesundheitsorganisation ihren „Global Report on Health Equity for Persons with Disabilities“ (Weltbericht über Gesundheitsgerechtigkeit für Menschen mit Behinderungen) veröffentlicht. Nach neuen Schätzungen dieses Weltberichtes leben weltweit 1,3 Milliarden Menschen mit einer Behinderung – das sind 16 % der Weltbevölkerung. Der Bericht bietet alle relevanten Informationen zur Gestaltung einer inklusiven Gesundheitspolitik, welche die kontinuierliche und vollumfängliche medizinische Versorgung von Menschen mit Behinderungen gewährleistet.

Die Kernaussagen sind:

- Gesundheit ist wichtig. Gute Gesundheit und Wohlbefinden sind Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Schule, am Arbeitsplatz und in der Gemeinschaft. Dies gilt für Menschen mit Behinderungen genauso wie für alle anderen Menschen in der Gesellschaft.
- Gesundheit ist ein Menschenrecht. Menschen mit Behinderungen haben das unveräußerliche Recht auf das höchstmöglich erreichbare Maß an Gesundheit. Sie müssen gleichberechtigt mit Anderen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben, ohne Diskriminierung, Barrieren oder zusätzliche Kosten. Staaten haben die Pflicht, dieses Menschenrecht zu schützen und zu erfüllen.
- Menschen mit Behinderungen sind gesundheitlichen Ungleichheiten ausgesetzt. Sie sind von einer vorzeitigen Sterblichkeit betroffen, haben häufiger

mit multiplen gesundheitlichen Problemen zu kämpfen und sind aufgrund von Barrieren in ihrem Umfeld in ihrer Funktionsfähigkeit stärker eingeschränkt. Diese Ungleichheiten sind die unmittelbare Folge der ständigen Verletzung ihrer Menschenrechte.

- Mehrere Faktoren verursachen gesundheitliche Ungleichheiten. Dazu gehören die Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, insbesondere von Frauen und Kindern mit Behinderungen, und ihr Ausschluss von politischen Maßnahmen und Entscheidungsprozessen. Zu den systemischen Problemen gehören auch nicht-inklusive Gesundheitssysteme mit eingeschränkter Leistungserbringung, ungeschultes Gesundheitspersonal sowie eine verbesserungswürdige Datenlage und unzureichende Finanzierung.
- Keiner dieser Faktoren ist in Stein gemeißelt. Regierungen und ihre Partner*innen in der Zivilgesellschaft können alle diese Probleme angehen. Im Rahmen ihrer Verpflichtungen aus der UN-Behindertenrechtskonvention sind sie sogar dazu verpflichtet. Der neue Weltbericht formuliert klare Empfehlungen, wie dieser Weg beschritten werden kann.
- Gesundheitsgerechtigkeit ist eine wichtige Investition. Nach Angaben des neuen Weltberichts könnte jeder Euro, der in eine behindertengerechte Gesundheitsversorgung investiert wird, bis zu 10 Euro an sozialen und wirtschaftlichen Vorteilen bringen.

Als Expert*innenorganisation für Augengesundheit und Inklusion von Menschen mit Behinderungen hat „Licht für die Welt“ mit vielen Netzwerkpartner*innen aus dem Gesundheitssektor und der globalen Behindertenbewegung zusammengearbeitet, um die Ausarbeitung des WHO-Weltberichts konstruktiv zu begleiten. „Licht für die Welt“ hat die Perspektiven aus ihren Partnerländern eingebracht und sich dafür eingesetzt, dass der Bericht das Menschenrecht auf Gesundheit in den Mittelpunkt stellt. (JM)

WHO (2.12.2022): [Global report on health equity for persons with disabilities](#)

Light for the World (5.12.2022): [Putting human rights at the heart of healthcare for people with disabilities](#)

Intersektionelle Perspektive: Behinderung, Geschlecht, Alter

Nicht nur gibt es mehr Frauen mit Behinderung als Männer mit Behinderung (18% vs. 14,2% laut WHO); auf Grund von intersektionaler Diskriminierung, welche sie als Frau und als Mensch mit Behinderung erfahren müssen, haben sie weniger Zugang zu Bildung, zu Einkommen, und auch zu sozialer Absicherung.

Beiträge von UN WOMEN und dem Gender & Development Network zeigen auf, weshalb es wichtig ist, Behinderung und Geschlechtergerechtigkeit gemeinsam zu denken, um Frauen mit Behinderung nicht auszuschließen.

UN WOMEN fokussiert in unten angeführtem Artikel auf ältere Frauen mit Behinderung. Sie haben oft weniger Ersparnisse und die Abhängigkeit von Familienmitgliedern macht sie besonders vulnerabel. Die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung empfiehlt daher, dass Staaten zusätzliche affirmative Aktionen und Zugang zu sozialer Sicherheit für Frauen mit Behinderung einrichten sollen.

Die Studie des Gender und Development Network erklärt verschiedene Begrifflichkeiten und reflektiert für mehrere Bereiche des Lebens, wie sich Diskriminierung auf Frauen mit Behinderung auswirkt. Im Bereich Arbeit wird das Recht auf soziale Absicherung aufgegriffen, während im Bereich soziale Absicherung erklärt wird, wieso Frauen mit Behinderung, besonders mit multiplen Behinderungen, erschweren Zugang zu sozialen Absicherungsmechanismen haben. Wenn eine Frau mit Behinderung schwanger wird, wird sie oft auf Grund von Stigma von ihrem Partner alleine gelassen und trägt dann erhöhte Ausgaben, mit selten der Möglichkeit ein Einkommen zu erwirtschaften.

Die beiden Artikel geben ein komplexes Bild darauf, was Ursachen und Probleme für Frauen mit Behinderung sind und geben einige konkrete Empfehlungen wie dem entgegengewirkt werden kann. (JPL)

Gender & Development Network (2020): [The intersection of gender and disability. A primer for international development practitioners on women and girls with disabilities](#)

UN WOMEN (o.J.): [Gender, Age and Disability: Addressing the Intersection](#)

WHO (2.12.2022): [Global report on health equity for persons with disabilities](#)

Soziale Sicherheit von Witwen

Witwenschaft bedeutet für Frauen häufig eine massive ökonomische und oft auch soziale Verschlechterung ihrer Situation. Nach dem Tod eines Ehepartners sind sie vielfach mit wirtschaftlicher Unsicherheit, Diskriminierung, Stigmatisierung und schädlichen traditionellen Praktiken aufgrund ihres Familienstandes konfrontiert. Bewaffnete Konflikte, Vertreibung und Migration sowie die COVID-19-Pandemie haben dazu geführt, dass Zehntausende von Frauen, darunter auch jüngere Frauen und Mädchen, neu verwitwet sind.

In vielen Ländern haben Witwen keine gleichen Erbrechte. Mitunter wird ihnen von Verwandten ihr Land weggenommen, manche werden aus ihren Häusern vertrieben; es kann ihnen der Zugang zu Erbschaften, Bankkonten und Krediten verwehrt werden. Schätzungen zufolge lebt fast eine von zehn Witwen weltweit in extremer Armut.

Frauen* haben viel seltener Anspruch auf Pensionen als Männer*, so dass der Tod eines Ehepartners für Frauen* in höherem Alter oft zur Verarmung führt. Verwitwete Mädchen, die vor ihrem 18. Lebensjahr verheiratet wurden, sind oftmals Rechtsverletzungen ausgesetzt, während sie zugleich mit den lebenslangen Folgen einer vorzeitigen Heirat konfrontiert sind. Mindestens 1,36 Millionen der weltweit etwa 258 Millionen Witwen sind „Kinderwitwen“.

Der 23. Juni wurde 2011 zum Internationalen Tag der Witwenschaft erklärt, um die Aufmerksamkeit auf die Probleme von Witwen zu lenken und ihre Rechte zu schützen und zu fördern.

Ausgehend von einer Initiative Sierra Leones nahmen die Vereinten Nationen im März 2022 erstmals eine Resolution zum Recht von Witwen an. Darin werden nachdrücklich alle Formen von Diskriminierung und Gewalt gegen Witwen verurteilt. Die Staaten werden aufgefordert, Eheschließungen durchgängig zu registrieren und zugleich Kinder-, Früh- und Zwangsehen zu verhindern. Sie sollen sicherstellen, dass Witwen uneingeschränkter Zugang zum Erbrecht und sozialem Schutz haben.

Die Staaten werden aufgefordert, umfassende Systeme sozialer Sicherheit zu entwickeln bzw. zu stärken und umzusetzen, die den Bedürfnissen von Witwen und ihren Kindern sowie verwitweten Mädchen oder erwachsenen Witwen, die als Mädchen verheiratet wurden, Rechnung tragen.

Zugleich werden Witwen als (unter anderem ökonomische) Akteur*innen in ihren Gemeinschaften und Ländern anerkannt, und es wird ihre Einbeziehung in Friedensprozesse und Wiederaufbau nach Konflikten gefordert. (CT)

UN (o.D.): [International Widow's Day 23 June](#)

NAWO (2022): [UN adopts resolution on Rights of Widows](#)

Global Fund for Widows (17.3.2022): [UN General Assembly Adopts Seminal Legislation on Widows' Rights](#)

UN WOMEN (21.6.2021): [Explainer: What you should know about widowhood](#)

ÖBV: Soziale Absicherung von Bäuerinnen* in Österreich

Rund um die soziale Absicherung von Kleinbauern und -bäuerinnen gibt es auch in Österreich viele Fragen und Herausforderungen – ganz besonders für Frauen. Der ÖBV-Frauenarbeitskreis arbeitet daran, Probleme und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen sowie politische Forderungen zu entwickeln. In einem Artikel der „Bäuerlichen Zukunft“ aus 2021 wird ein kleiner Einblick gegeben, was Bäuerinnen rund um ihre soziale Absicherung beschäftigt und was die ÖBV-Frauen von Expert*innen und durch Recherchen dazu in Erfahrung bringen konnte. Besprochen werden Themen wie der Zugang zu Informationen, hohe Sozialversicherungsbeiträge trotz geringem Einkommen (Pauschalsystem oder Option in das beitragsgrundlagenbasierte System?), Altersabsicherung, oder die Frage, was im Trennungsfall passiert oder wie freiwillige Helfer*innen versichert werden können. Weiters gibt es ein ausführlicheres [Diskussionspapier](#) und es wurde ein [Quiz](#) zum Thema entworfen. (MT)

Seebacher, Eva & Thuswald, Monika (2021): [Wie gut bist du abgesichert?](#) In: Bäuerliche Zukunft Nr. 366, S.10-12

Feministische Entwicklungspolitik

Soziale Sicherheit als Fokus feministischer Entwicklungspolitik

Eine in Kooperation des Instituts für Höhere Studien (IHS) und der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien durchgeführte Studie beschäftigt sich mit der Frage, ob eine Priorisierung der „Foundational Economy“ (Alltags-Ökonomie) und sozialer Basis-Dienstleistungen („Universal Basic Services“) ein zentraler Schritt hin zu einer feministischen Entwicklungspolitik sein kann.

Um dem nachzugehen, arbeiteten die Autorinnen feministische Aspekte zur Diskussion um Alltagsökonomie und „Universal Basic Services“ heraus. Weiters stellen sie Grundzüge feministischer Entwicklungstheorien sowie konkrete Ansätze feministischer Außenpolitik vor.

In einem nächsten Schritt bezogen sie die Sicht von Expert*innen ein, wobei sechs Personen, darunter fünf feministische Ökonominen mit regionaler Expertise zu Indien, Bangladesch, der Karibik, Ghana und Brasilien zu ihren Perspektiven befragt wurden.

Klar ist das Fazit, dass eine auf die Care-Ökonomie und den Zugang zu sozialen Dienstleistungen orientierte Entwicklungspolitik ein hohes transformatorische Potenzial hat, sofern die (feministischen) Stimmen aus dem Globalen Süden und die (unterschiedlichen) Realitäten im Bereich der ökonomischen Grundversorgung wie Zugang zu Wasser oder Land berücksichtigt werden.

Zudem muss eine transformatorisch angelegte feministische Entwicklungspolitik auch die makroökonomischen Gegebenheiten angehen, die der untergeordneten Integration des Globalen Südens in die Weltwirtschaft zugrunde liegen.

Die Studie ist theoretisch angelegt, aber gibt einen guten Überblick über oftmals parallel laufende Diskussionen in unterschiedlicher Terminologie.

Schönpflug, Karin; Dengler, Corinna u.a. (Hg: IHS & WU) (März 2023): [Towards Feminist Development Policy: Prioritizing the Foundational Economy and Universal Basic Services](#)

Glossar / Abkürzungen

Austerität – Sparpolitik

BNE – Bruttonationaleinkommen; Wirtschaftsleistung eines Landes

Cash-Transfer-Programme – Sozialhilfe- (Geld-Transfer-) Programme

CCT – Conditional Cash Transfer – an Auflagen geknüpfte finanzielle Unterstützung (Geld-Transfer)

Finanzialisierung – Einbindung in Finanzmärkte; zunehmende Dominanz des Finanzsektors

GBV – Gender-based violence – geschlechtsspezifische Gewalt

ILO – Internationale Labour Organization / Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen

IWF – Internationaler Währungsfonds

Progressive Steuern – Steuern, die anteilig (prozentuell) mit höherem Einkommen oder Gewinn steigen

SDGs – Sustainable Development Goals / UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (2021-2030)

Social Protection Floors – Soziale (Mindest-)Sicherheit

Unconditional Cash Transfer – Bedingungslose finanzielle Unterstützung

Universal Social Protection – Universelle soziale Sicherheit

UNICEF – United Nations Children's Fund / Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

UNRISD – United Nations Research Institute for Social Development / UN-Forschungsinstitut für soziale Entwicklung

UN WOMEN – Organisation der Vereinten Nationen für Frauenrechte

WHO – World Health Organisation / Weltgesundheitsorganisation

WIEGO – Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing / NGO zur Unterstützung informell arbeitender Frauen

Gendergerechte Schreibweise

WIDE bemüht sich um eine gendergerechte, inklusive Sprache.

*Im vorliegenden WIDE-Update wird der Asterisk * folgendermaßen verwendet:*

*a) für einen gender-inklusiven Plural, der alle Geschlechter umfasst (z.B. „Freund*innen“), und*

b) wenn trotz der Bezugnahme auf ein Geschlecht (im Singular oder Plural) Geschlechtervielfalt inkludiert oder hervorgehoben werden soll (Frau/Mann*; Frauen*/Männer*; Freundinnen*/Freunde*).*

Wird hingegen auf binäre Geschlechterrollen und -Normen (Mann/Frau) Bezug genommen, oder bei Verweisen auf Texte (etwa Rechtstexte), die auf einer binären Geschlechterkonstruktion basieren, wird in der Regel kein Asterisk verwendet.

Gefördert durch die

 **Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit**

Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien, Tel: (++43-1) 317 40 31

office@wide-netzwerk.at www.wide-netzwerk.at ZVR-Zahl: 626905553

Redaktion: Claudia Thallmayer (CT)

Mitarbeit: Hannah Angerbauer (HA), Eva Lachkovics (EL), Julia Moser (JM), Daniela Pfeffer (DP), Jennifer Pitter-López (JPL), Carina Scheibreithner (CS), Monika Thuswald (MT)

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

WIDE-Update 1/2023, Soziale Sicherheit für alle!, Oktober 2023

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: office@wide-netzwerk.at.

Datenschutzerklärung: <https://wide-netzwerk.at/datenschutzhinweise/>